



## ***Verfahrensbrief Nr. 1***

### **Besetzung und Betrieb Empfang und Postdienste der GASCADE Gastransport in Kassel**

(offenes Verfahren)

**Stand: 07.06.2026**

**Vergabenummer: 2026-013**

## 1 Inhaltsverzeichnis

Anlagenverzeichnis (Vergabeunterlagen) .....	4
2 Einleitung .....	5
3 Ausgangslage und Beschreibung des Vorhabens .....	5
3.1 Projektbeschreibung und Gegenstand der Ausschreibung .....	5
3.2 Geplanter Ausführungs- / Lieferzeitraum .....	6
4 Auftraggeber und Vergabestelle .....	6
5 Sprache .....	6
6 Verfahren und Zeitplan .....	6
6.1 Auftragsbekanntmachung .....	7
6. Kommunikation (DTVP) .....	8
7.1 Kommunikationsform und Auskünfte .....	8
7.2 Datenverarbeitung .....	8
8. Bereitstellung der Vergabeunterlagen .....	8
9. Einreichung der Angebote .....	9
10. Einzureichende Unterlagen .....	10
11. Bietergemeinschaften .....	10
12. Einsatz von Nachunternehmern (nicht eignungsleihend) .....	11
13. Eignungsleihe .....	11
14. Selbstausführung kritischer Aufgaben .....	13
15. Eignung .....	13
15.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung .....	13
15.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit .....	14
15.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit .....	16
16. Zuschlagskriterien und Angebotswertung .....	20
17. Geheimhaltung .....	20
18. Rügeobliegenheiten .....	21
19. Nachprüfungen .....	22
20. Ergänzende Bestimmungen .....	23
20.1 Nachforderung .....	23
20.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen .....	23
20.3 Nebenangebote .....	23
20.4 Ausschluss .....	23



20.5.	Entschädigung.....	23
20.6.	Aufhebung des Verfahrens.....	23
20.7.	Einverständnis des Bieters.....	24
20.8.	Rücknahme von Angeboten .....	24

## **Anlagenverzeichnis (Vergabeunterlagen)**

### Bewerbungsbedingungen

<b>Anlage A.1</b>	Vordrucke und Nachweise (Eignung)
<b>Anlage A.2</b>	Angebotsschreiben
<b>Anlage A.3</b>	Hinweise zum Datenschutz
<b>Anlage A.4</b>	Vertraulichkeitserklärung
<b>Anlage A.5</b>	Vereinbarung zur Informationssicherheit
<b>Anlage B.1</b>	Leistungsbeschreibung
<b>Anlage B.2</b>	Preisblatt
<b>Anlage B.3</b>	Vertrag
<b>Anlage B.4</b>	Allgemeine Einkaufsbedingungen
<b>Anlage B.5</b>	Verpflichtungserklärung DSGVO
<b>Anlage B.6</b>	HSE-Richtlinie Kontraktoren
<b>Anlage B.7</b>	Verhaltenskodex Lieferanten

## **2 Einleitung**

Die vorliegende Unterlage stellt den vorgesehenen Ablauf sowie die generellen Regeln und Formalitäten des Verfahrens vor.

Zur besseren Lesbarkeit werden in dieser Unterlage und den weiteren Vergabeunterlagen personenbezogene Bezeichnungen, die sich zugleich auf Frauen, Männer und Diverse beziehen, generell nur in der im Deutschen üblichen männlichen Form angeführt, also z.B. "Mitarbeiter". Dies soll jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.

## **3 Ausgangslage und Beschreibung des Vorhabens**

Die GASCADE Gastransport GmbH mit Hauptsitz in Kassel ist ein Ferngasnetzbetreiber mit einem ca. 3710 Kilometer langen Erdgas-Fernleitungsnetz, 11 Verdichterstationen und 88 Ausspeisepunkten in Deutschland. Weitere Informationen sind unter <http://www.gascade.de> zu finden.

### **3.1 Projektbeschreibung und Gegenstand der Ausschreibung**

Mit dem Bezug des neuen Verwaltungsgebäudes übernimmt GASCADE erstmals die vollständige Betreiberverantwortung am Standort und benötigt daher einen professionell strukturierten, durchgehend funktionsfähigen Empfangsbereich (5 Tage in der Woche/ 12Std/Tag) und die Besetzung und den Betrieb einer Poststelle (für die Abwicklung aller Post- und Paketdienste, Koordinationsleistungen der Warenanlieferung sowie Transportdienste in die entsprechenden Lagerräume). Der Empfang bildet die zentrale Anlaufstelle für Mitarbeitende, Besucher, Lieferanten und Dienstleister und gewährleistet einen geregelten Zutritt, die Erstinformation sowie die Schnittstelle zu sicherheitsrelevanten Prozessen. Der Dienstleister übernimmt den operativen Betrieb des Empfangs, einschließlich Besucherregistrierung, Zugangskontrolle, Telefon- und Serviceanliegen sowie der Einleitung grundlegender Sicherheitsmaßnahmen. Ziel ist ein verlässlicher, sicherer und serviceorientierter Empfangsbetrieb, der die betrieblichen Anforderungen von GASCADE am neuen Standort dauerhaft unterstützt.

Gemäß der Leistungsbeschreibung ist der Umfang in einem Los zusammengefasst.

Ort der Leistung - Joseph-Beuys-Str. 17/ 34117 Kassel



### **3.2 Geplanter Ausführungs- / Lieferzeitraum**

Auftragsstart für den Empfang voraussichtlich ab 15.09.2026 für die Einarbeitung im Rahmen der Start-Up Phase.

Die Regelleistungen für die Empfangsdienste beginnen voraussichtlich ab 01.10.2026:

Auftragsstart für die Postdienste voraussichtlich 01.11.2026 für die Einarbeitung im Rahmen der Start-Up Phase.

Die Regelleistungen für die Postdienste beginnen voraussichtlich ab 01.01.2027.

## **4 Auftraggeber und Vergabestelle**

Auftraggeber und Vergabestelle ist die:

GASCADE Gastransport GmbH  
Kölnische Straße 108-112  
34119 Kassel  
Deutschland  
E-Mail: vergabe@[gascade.de](mailto:vergabe@gascade.de)  
Telefon: +49 561 934-0

## **5 Sprache**

Verfahrenssprache ist Deutsch. Für die Vergabe- und Vertragsunterlagen, den Schriftverkehr, die Abwicklung des Vertrags gilt die Originalsprache Deutsch.

## **6 Verfahren und Zeitplan**

Das Vergabeverfahren wird als offenes Verfahren gemäß §§ 119 Abs. 5, 141 Abs. 1 GWB, § 14 Abs. 1 SektVO durchgeführt.

**Möglicherweise abweichende Termine auf der Vergabeplattform sind nicht zu beachten. Diese können aus technischen Gründen nicht korrigiert oder abgeschaltet werden. Maßgeblich sind die Terminangaben in den Verfahrensbrief.**

Der aktuelle Zeitplan gestaltet sich wie folgt:

Zeitraum	Vorgang
19.06.2026	Bekanntgabe des Verfahrens auf DTVP und Absendung der europaweiten Auftragsbekanntmachung
30.06.2026	Frist Bieterfragen
06.07.2026,	Bereitstellung des finalen Fragen-Antworten-Katalogs
21.07.2026, 12:00 Uhr	Frist Einreichung Angebote
Voraus. 28.08.2026	Versendung des Vorabinformationsschreibens
Voraus. 08.09.2026	Zuschlagserteilung
08.11.2026	Bindefrist

### 6.1. Auftragsbekanntmachung

Das Verfahren beginnt mit der öffentlichen Auftragsbekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union und der Aufforderung zur Abgabe von Angeboten. In der Auftragsbekanntmachung wird über einen Link auf das Vergabeportal „DTVP“ verwiesen.

Die **Anlagen** sind auf dem Vergabeportal veröffentlicht.

Auf Grundlage der Vergabeunterlagen (Anlagen B.1 Anlage B.2 und Anlage B.3) erarbeiten die Bieter bzw. Bietergemeinschaften ein Angebot.

Am **21.07.2026, 12:00 Uhr (Systemzeit DTVP)** endet die Frist zur Einreichung der Angebote. Angebote, die nicht alle Mindestanforderungen erfüllen oder Änderungen an den Vergabeunterlagen enthalten, werden ausgeschlossen. Als Änderung der Vergabeunterlagen werden auch Änderungen an dem zur Verfügung gestellten Vertrag (Anlage B.2) angesehen

Die Bieter sind nach der Einreichung ihrer Angebote an ihre Angebote und deren Inhalte bis einschließlich zum **08.11.2026** (Bindefrist) gebunden. Bis zum Ablauf der Bindefrist können die Angebote nicht zurückgezogen und auch inhaltlich nicht geändert werden. Für den Fall, dass aufgrund von Verzögerungen ein Zuschlag bis zum Ablauf der Bindefrist nicht wirksam erfolgen kann, behält sich der Auftraggeber vor, die Bieter zu einer Verlängerung der Bindefrist aufzufordern.

Sollte ein Zuschlag nicht in Betracht kommen oder das Vergabeverfahren aus sonstigen Gründen aufgehoben werden müssen, werden die Bieter in Textform auf elektronischem Weg informiert.

## **6. Kommunikation (DTVP)**

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Bietern erfolgt über den gesamten Verfahrenszeitraum über die Vergabepattform DTVP.

### **7.1. Kommunikationsform und Auskünfte**

Weitere Informationen zu diesem Vergabeverfahren, Änderungen an den Vergabeunterlagen, die Beantwortung von Bieterfragen oder sonstige verfahrensrelevante Informationen werden auf DTVP bereitgestellt.

Alle Fragen sind über DTVP zu stellen. Zu den Fristen wird auf Nummer 6 (Verfahren und Zeitplan) verwiesen.

Jede sonstige Kontaktaufnahme zur Vergabestelle bzw. zu Mitarbeitern des Auftraggebers ist unerwünscht und kann nach pflichtgemäßem Ermessen der Vergabestelle zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen (Grundsatz der Verfahrensintegrität). Mündliche oder telefonische Rückfragen werden nicht beantwortet.

### **7.2. Datenverarbeitung**

Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens werden von im Verfahren tätigen natürlichen Personen personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet. Dies betrifft u.a. die Namen, Adressangaben sowie Angaben zur beruflichen Tätigkeit und beruflichen Qualifikation.

## **8. Bereitstellung der Vergabeunterlagen**

Die Vergabeunterlagen können – gemäß § 41 Abs. 1 SektVO unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt auf DTVP abgerufen werden.

Das Abrufen der Vergabeunterlagen auf DTVP ist ohne vorherige Registrierung möglich, die aktive Teilnahme am Vergabeverfahren, insbesondere die Kommunikation mit der Vergabestelle und die elektronische Abgabe eines Angebotes durch den Bieter setzt eine Registrierung hingegen zwingend voraus.

Bei Fragen zur Nutzung des Vergabeportals DTVP, insbesondere bei Fragen zur technischen Abwicklung, hat sich der Bieter an den Betreiber des Vergabeportals zu wenden:

E-Mail: [support@cosinex.de](mailto:support@cosinex.de)

Tel. +49 900 1 267463 (kostenpflichtig)

Die Servicezeiten der Hotline sind Montag bis Freitag jeweils von 07.00 bis 17.00 Uhr.



Eine ausbleibende Registrierung und/oder eine fehlende Kenntnisnahme von durch den Auftraggeber auf DTVP bereitgestellten Informationen zu diesem Vergabeverfahren, Änderungen an den Vergabeunterlagen, Beantwortung von Bieterfragen oder sonstigen verfahrensrelevanten Informationen gehen zu Lasten des jeweiligen Bieters.

## 9. Einreichung der Angebote

Die Angebote sind bis spätestens am

**21.07.2026, 12:00 Uhr (Systemzeit DTVP)**

über das „Bietertool“ des DTVP elektronisch einzureichen. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, die sich über eine Webstart-Technologie automatisch installiert, sofern der Prozess der Abgabe eines elektronischen Angebots aus dem virtuellen Projektraum des entsprechenden Vergabeverfahrens heraus gestartet wurde.

Bei der Abgabe der Angebotsabgabe ist die Größenbeschränkung für die maximal zulässige Dateigröße zu beachten. Die Größe des unter Nutzung des Bietertools abzugebenden elektronischen Angebotes ist auf 500 MB beschränkt.

Bitte beachten Sie, dass der Auftraggeber keine Abgabe der Angebote auf dem Postweg, per E-Mail oder per Telefax zulässt. Etwaige postalisch, per E-Mail oder per Telefax eingereichte Angebote werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist nicht notwendig.

Die Angebote sind in Textform nach § 126b BGB abzugeben. Im Unterschied zur Schriftform bedarf es keiner eigenhändigen Unterschrift, jedoch müssen der Unternehmensname und der Name der vertretungsberechtigten natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, erkennbar sein. Die Angabe gilt für das gesamte Angebot und ist rechtsverbindlich. Mit dem vollständigen Hochladen des formgerechten Angebots gelten alle weiteren eingereichten Unterlagen als vom Bieter rechtswirksam abgegeben. Bei Angeboten von Bietergemeinschaften muss das Angebot von dem bevollmächtigten Mitglied der Bietergemeinschaft in Textform nach § 126b BGB eingereicht und hochgeladen werden.

Ggf. erforderliche Erklärungen Dritter sind durch den Dritten eigenhändig zu unterschreiben und durch den Bieter beizufügen. Dritte im vorstehenden Sinne sind Mitgliedsunternehmen einer Bietergemeinschaft, Nachunternehmer und Eignungsverleihende-Unternehmen.

## 10. Einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot sind die folgenden Unterlagen auszufüllen und mit den dort genannten Nachweisen einzureichen:

- Ausgefüllte **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung)**
- Ausgefüllte **Anlage A.2 Angebotsschreiben**
- Ausgefüllte **Anlage A.4 Vertraulichkeitserklärung**
- Ausgefüllte **Anlage A.5 Vereinbarung zur Informationssicherheit**
- Ausgefüllte **Anlage B.2 Preisblatt**
- Ausgefüllte **Anlage B.5 Verpflichtungserklärung\_DSGVO**

Die Nachweise können in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, müssen jedoch eindeutig lesbar sein.

## 11. Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften können in diesem Vergabeverfahren Angebote abgeben, wenn deren Bildung keinen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht begründet.

Bietergemeinschaften werden nach § 43 Abs. 2 Satz 1 SektVO wie Einzelbieter behandelt.

Jede Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der während des gesamten Vergabeverfahrens sowie im Falle der Auftragserteilung über die gesamte Vertragslaufzeit bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Neben der gemeinschaftlichen Erklärung sind für jedes Mitgliedsunternehmen die in dem Vordruck zur Bietergemeinschaftserklärung (**Anlage A.1** (Vordrucke und Nachweise (Eignung)), Vordruck 1.2) genannten Unterlagen vorzulegen.

Die Bietergemeinschaftserklärung muss die Anforderungen für Erklärungen Dritter bei der elektronischen Angebotsabgabe einhalten (vgl. Nr. 9).

Die Eignungsanforderungen können für die Bietergemeinschaft insgesamt abgegeben werden.

Mitglieder einer Bietergemeinschaft dürfen sich ferner nur an einer Bietergemeinschaft beteiligen. Die Beteiligung an mehreren Bietergemeinschaften ist unzulässig. Im Falle der Zuwiderhandlung werden die betreffenden Bietergemeinschaften ausgeschlossen.

Der Auftraggeber wird ausnahmsweise von einem Angebotsausschluss absehen, wenn bei Angebotsabgabe plausible Gründe für die Doppelbeteiligung dargestellt werden und die betreffende Bietergemeinschaft nachweist, dass ein Verstoß gegen den Grundsatz des Geheimwettbewerbs nicht vorliegt.

## 12. Einsatz von Nachunternehmern (nicht eignungsleihend)

Die nachstehenden Bestimmungen stehen unter dem Vorbehalt, dass die in Nr. 14 Selbstausführung kritischer Aufgaben gewahrt bleiben.

Beabsichtigt der Bieter, Teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen – ohne sich zugleich auf deren wirtschaftliche und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit zu berufen – sind die hiervon betroffenen Auftrags-/Leistungsanteile – soweit dies im Zeitpunkt der Abgabe des Angebots bereits feststeht – im Angebot anzugeben und der/die Nachunternehmer zu benennen (**Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 2).

Für den benannten Nachunternehmer sind zudem die in dem vorbezeichneten Vordruck (**Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 2) genannten Unterlagen vorzulegen. Eine Nachunternehmervergabe nach Vertragsschluss erfordert die vorherige Einwilligung des Auftraggebers.

Auf die Grundsätze der Einbindung von Nachunternehmen gem. § 34 SektVO wird hingewiesen. Der Auftraggeber behält sich insbesondere vor, vor Zuschlagserteilung innerhalb einer vom Auftraggeber festgelegten Frist die Ersetzung eines Nachunternehmers zu verlangen, sofern hinsichtlich des Nachunternehmers ein zwingender Ausschlussgrund im Sinne des § 123 GWB oder ein fakultativer Ausschlussgrund im Sinne des § 124 GWB vorliegt.

Bei der Vergabe von Nachunternehmeraufträgen sind mittelständische Interessen durch den Hauptauftragnehmer vornehmlich zu berücksichtigen.

## 13. Eignungsleihe

Die nachstehenden Bestimmungen stehen unter dem Vorbehalt, dass die in Nr. 14 Selbstausführung kritischer Aufgaben gewahrt bleiben.

Beabsichtigt der Bieter sich bei der Erfüllung dieses Auftrags gemäß § 47 SektVO im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen („Eignungsleihe“), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen und die dort genannten Unterlagen auch für das andere Unternehmen vorlegen. Er hat insbesondere den Namen und die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen (**Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 4 und 5) dieser Unternehmen vorzulegen.

Ein anderes Unternehmen i.S.v. § 47 SektVO kann nicht nur ein selbständiges, von dem Bieter rechtlich verschiedenes Unternehmen (z.B. Nachunternehmen) sein. Hierunter sind auch konzernverbundene bzw. konzernangehörige Unternehmen zu verstehen.

Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe nach § 47 SektVO die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben (**Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 5).

Der Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (z.B. Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (vgl. § 47 Abs. 1 Satz 3 SektVO). Das bedeutet, dass das jeweilige Drittunternehmen als Nachunternehmer eingesetzt werden muss.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

Im Übrigen wird auf § 47 SektVO verwiesen.

#### 14. Selbstausführung kritischer Aufgaben

Die unmittelbar vor Ort im Empfangs- und Postbereich zu erbringenden sicherheitskritischen Kernleistungen sind vom Auftragnehmer selbst auszuführen, § 47 Abs. 5 SektVO. Der Einsatz von Nachunternehmern ist für diese kritischen Aufgaben nicht zugelassen.

Zu diesen kritischen Aufgaben zählen insbesondere die Empfangs- und Zutrittsprozesse, die Entgegennahme, interne Weiterleitung und Ausgabe von Postsendungen sowie die damit verbundene Abstimmung mit den Sicherheits- und Betriebsabläufen des Auftraggebers.

Hintergrund ist, dass die Leistungen in einem sicherheitskritischen Umfeld erbracht werden und eine unmittelbare Steuerung, Kontrolle und Überprüfbarkeit des eingesetzten Personals erfordern.

Für sonstige Leistungen gelten die Vorgaben der Vergabeunterlagen.

#### 15. Eignung

Öffentliche Aufträge im Sektorenbereich werden an geeignete Unternehmen vergeben, die anhand objektiver Kriterien gemäß §§ 142 Nr. 1, 122 Abs. 1 und 2 GWB ausgewählt und nicht nach § 123 oder § 124 GWB ausgeschlossen worden sind.

Mit dem Angebot ist die Eignung für die zu vergebende Leistung nachzuweisen. Bieter haben die geforderten und nachfolgend aufgeführten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) zum Beleg ihrer Eignung und zum Beleg des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen in deutscher Sprache mit dem Angebot einzureichen (§§ 42 ff. SektVO). Die einzureichenden Unterlagen sind insbesondere auch der **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung) zu entnehmen.

Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung ins Deutsche beizufügen.

Der Auftraggeber legt folgende objektive Eignungskriterien fest:

##### 15.1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubigter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist.

Für den Fall der Nichteintragung:

Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: Oder vergleichbar).

Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen.

Der Nachweis kann in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung nicht älter als 12 Monate sein.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 1.

- PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 3.1 (bzw. Vordruck 3.2).

- PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland).

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 8.

- PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 9 und Vordruck 10.

## **15.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

- WL1: Eigenerklärung über den durchschnittlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren

Sofern ein Unternehmen erst innerhalb der letzten drei Jahre gegründet wurde und daher noch keine drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aufweist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung für die Zukunft unter Angabe der erwarteten Jahresumsätze vor.

### **Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):**

Der durchschnittliche Umsatz der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre aus vergleichbaren Tätigkeiten muss in EUR (netto) mindestens 2.500.000 betragen.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 6.

- WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden.

**Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):**

Die Haftpflichtdeckungshöhe muss für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens EUR 5.000.000 je Versicherungsjahr betragen.

Falls eine Versicherung mit diesen Deckungshöhen derzeit nicht besteht, genügt die Vorlage von

1. einer Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers abzuschließen  
und
2. die unwiderrufliche Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigte Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung bereit ist.

Der Nachweis kann in Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Angebote nicht älter als 12 Monate sein.

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 2.

Kann ein Bewerber aus einem berechtigten Grund eine oder mehrere der geforderten Unterlagen nicht beibringen, so kann er seine wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit durch Vorlage anderer, vom Auftraggeber als geeignet angesehene Unterlagen, belegen (entsprechend § 6a EU Nr. 2 S. 2 VOB/A, § 45 Abs. 5 VgV). Hierzu muss der Bewerber mindestens 7 (sieben) Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist den Auftraggeber darauf hinweisen, dass ein berechtigter Grund dem Beibringen einer der geforderten Unterlagen entgegensteht. Der berechtigte Grund ist glaubhaft zu machen.

Der öffentliche Auftraggeber entscheidet dann, ob und wie durch andere geeignete Unterlagen der Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit dokumentiert werden kann. Kommt der öffentliche Auftraggeber zu dem Schluss, dass keine andere geeignete Unterlage den Nachweis ausreichend erbringt, werden die Regelungen über den Ausschluss von Angeboten wegen nicht wie gefordert erbrachter Unterlagen gemäß angewandt.

### 15.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- TL1: Angaben über die Ausführung einschlägiger und vergleichbarer Leistungen (Referenzen) in den letzten maximal drei (3) Jahren seit Veröffentlichung der Bekanntmachung mit Angabe der durchgeführten Lieferung / Leistungen gefordert, die nach Art, Umfang und Schwierigkeit, mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Eine Vergleichbarkeit setzt voraus, dass die aufgeführten Referenzen sowohl leistungs- als auch themenspezifisch mit dem geforderten Leistungspaket vergleichbar sind. Vergleichbar ist eine Referenz insbesondere dann, wenn es sich um Leistungen handelt, die hinsichtlich Größe und Komplexität auf eine entsprechende Eignung des Bewerbers schließen lassen. Hierbei ist zu beachten, dass ein Referenzprojekt im Sinne dieser Eigenerklärung vergleichbar ist, sofern in dem Referenzprojekt folgende Leistungen durchgeführt wurden:

**Aufbau, Besetzung und Betrieb eines Empfangs sowie einer Poststelle im vergleichbaren Umfeld, sowie für KRITIS-Sektoren (kritische Infrastrukturbetreiber gem. KRITIS-Dachgesetz vom 11. März 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 66)).**

Die Referenz muss zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Referenztitel
2. Auftraggeber (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der **Anlage A.3**)  
*(Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).)*
3. Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der **Anlage A.3**, z.B. E-Mail, Telefonnummer)



*(Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).)*

4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung
5. Auftragswert in EUR (netto)  
*(präzise Wertangabe gefordert, sonst kann die Referenz nicht gewertet werden)*
6. Ausführungszeitraum (Auftrags- und Lieferdatum tagesgenau angeben)  
*(Wird kein tagesgenaues Datum angegeben, wird die jeweils ungünstigste Variante*

Um die Richtigkeit der gemachten Angaben zu gewährleisten, behält sich der Auftraggeber vor, die Referenzen nachzuprüfen.

**Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):**

Es sind mindestens 3 mit dem Ausschreibungsgegenstand vergleichbare, wertungsfähige Referenzen anzugeben.

Davon muss mindestens 1 der einzureichenden Referenzen den Umfang vollumfänglich abdecken (Aufbau, Besetzung und Betrieb eines Empfangs sowie einer Poststelle im vergleichbaren Umfeld, sowie für KRITIS-Sektoren).

Jede der einzureichenden Referenzen muss mindestens den Aufbau, Besetzung und Betrieb eines Empfangs oder einer Poststelle vorweisen, in jedem Fall aber inklusive KRITIS-Sektoren.

Der Abschluss der einzelnen Referenz darf nicht länger als 3 Jahre zurück liegen.

**Referenzen von konzernverbundenen Unternehmen, die nicht für die Leistungserbringung im Rahmen dieser Ausschreibung vorgesehen sind, sind nicht zulässig.**

- TL2: Nachweise über fachliche Qualifikationen

(a) DIN EN ISO 9001

und

(b) DIN EN 77200;

Für beiden Normen gilt: Angabe, ob bestehendes und /oder schon rezertifiziertes Qualitätsmanagementsystem zu den beiden geforderten Normen oder ob eine Implementierung geplant und terminiert ist) oder gleichwertige Zertifizierung. Das Zertifizierungsunternehmen muss akkreditiert sein. Sofern der Prozess zur Auditierung und Zertifizierung noch nicht abgeschlossen ist, legt der Bewerber einen Zeitplan zur Umsetzung vor. Wesentlich ist das die geforderte Zertifizierung zum voraussichtlichen Vertragsbeginn abgeschlossen ist. Hier ist mindestens die Bestätigung der Zertifizierungsstelle zum voraussichtlichen Vertragsbeginn vorzulegen, sollten die Zertifikate noch hin der Erstellung sein.

Die Forderung nach der Zertifizierung zur DIN EN 77200 in Bezug auf den Auftragsgegenstand wird als angemessen gesehen, da insbesondere Pfortendienste und Steuerung Besucherströme Leistungsinhalte darstellen.

**Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):** Siehe auch Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung),

TL3:

Bestätigung das das eingesetzte Personal im Auftragsfall folgende Qualifikationen aufweist:

- Bestätigung zur Bereitstellung von Personal mit Qualifikation zur Sachkundeprüfung nach § 34a GewO für alle eingesetzten Mitarbeitenden im Auftragsfall für die Mitarbeitenden im Empfangsbereich.
- Deutsche Sprache in Wort und Schrift (Level C1 gemäß Europäischen Referenzrahmen für Sprachen)
- Englische Sprache in Wort und Schrift (Level B2 gemäß Europäischen Referenzrahmen für Sprachen) für die Mitarbeitenden im Empfangsbereich

- Einwandfreies polizeiliches Führungszeugnis (Aktualisierung alle 5 Jahre)
- Bereitschaft zur Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz – sofern die Notwendigkeit besteht.
- Sicherer Umgang mit MS Office und IT-Grundkenntnisse für das eingesetzte Personal

**Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss) Siehe auch Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung),

Alle Nachweise können in Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, müssen jedoch eindeutig lesbar sein. Die Nachweise dürfen zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Angebote nicht älter als 6 Monate sein.

**TL4:**

Eigenerklärung und Plausibilisierung über die Sicherstellung im Auftragsfall, dass die vertraglich geschuldeten Leistungen im Bereich Empfangsdienste und Besetzung der Poststelle jederzeit ordnungsgemäß und unterbrechungsfrei erbracht werden.

Hierzu gehört insbesondere die Fähigkeit, kurzfristige Personalbedarfe (z. B. bei Ausfällen, Krankheit, erhöhtem Aufkommen oder Sonderlagen) zeitnah zu decken sowie eine durchgängige Besetzung gemäß den vertraglichen Anforderungen sicherzustellen.

**Sofern der Bieter nicht bereits über einen Betriebssitz oder eine vergleichbare organisatorische Struktur in räumlicher Nähe zum Auftraggeber verfügt, verpflichtet er sich, im Auftragsfall eine solche Struktur rechtzeitig vor Leistungsbeginn einzurichten oder nachzuweisen.**

Die organisatorische Struktur muss gewährleisten, dass

- - eine verlässliche Einsatzsteuerung und -koordination sichergestellt ist,
- - eine kontinuierliche Objektbetreuung sowie Ansprechbarkeit für den Auftraggeber während der Ausführungs- und Präsenzzeiten zu gewährleisten ist.

Der Bieter bestätigt, dass er im Auftragsfall alle hierfür erforderlichen personellen, organisatorischen und infrastrukturellen Maßnahmen trifft.

**Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss)** Siehe auch Anlage

**A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung),

## **16. Zuschlagskriterien und Angebotswertung**

Der Zuschlag wird auf das günstigste Angebot erteilt.

### **Preis alleiniges Zuschlagskriterium.**

Die Angebote werden gemäß den angegebenen Angebotspreisen (Angebotsvergleichspreis in EUR (netto)) aus dem Preisblatt (Anlage B.1 Preisblatt Empfangs-Postdienst) einer Bewertung unterzogen.

Dabei ist der allein der Angebotsvergleichspreis in EUR (netto) entscheidend (vgl. **Anlage B.1** Preisblatt).

Der für die Bewertung herangezogene Angebotsvergleichspreis in EUR (netto) setzt sich dabei wie folgt zusammen:

- **Gesamtsumme Einmalleistungen**  
**plus**
- **3x Gesamtsumme Regelleistung pro Jahr**  
**plus**
- **3 x gewichtete Stundenverrechnungssätze pro Jahr**

## **17. Geheimhaltung**

Sektorenauftraggeber dürfen nach § 5 Abs. 1 SektVO keine von den Unternehmen übermittelten und von diesen als vertraulich gekennzeichneten Informationen weitergeben. Dazu gehören insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und die vertraulichen Aspekte der eingereichten Dokumente. Ausdrücklich zulässig ist die Weitergabe von Informationen an Berater des Auftraggebers, die von Berufs wegen zur Vertraulichkeit verpflichtet sind (Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und externe Rechtsanwälte).

Der Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Angebots, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen.

Geschieht dies nicht, können die Vergabestelle und die Rechtsbehelfsinstanz im Falle eines Rechtsbehelfsverfahrens von seiner Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z.B. andere Bieter) ausgehen.

Bei der gesamten Kommunikation sowie beim Austausch und der Speicherung von Informationen gewährleistet der Sektorenauftraggeber die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Angebote und Angebote einschließlich ihrer Anlagen. Die Angebote einschließlich ihrer Anlagen sowie die Dokumentation über deren Öffnung, Prüfung und Wertung werden auch nach dem Abschluss des Vergabeverfahrens vertraulich behandelt.

Im Gegenzug verpflichten sich die an dem Vergabeverfahren beteiligten Unternehmen, keine vom Auftraggeber übermittelten Dokumente und Informationen an Dritte weiterzuleiten und sämtliche erhaltene Dokumente und Informationen vertraulich zu behandeln.

Die Vergabestelle erhält – unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Bieters – sämtliche Rechte an den eingereichten Unterlagen (Eigentumsrecht an den Unterlagen). Der Bieter stimmt mit der Abgabe seines Angebots diesem Rechtsübergang zu.

## 18. Rügeobliegenheiten

Die Vergabeunterlagen müssen nach Erhalt/Download durch die interessierten Unternehmen auf Vollständigkeit und Lesbarkeit geprüft werden. Enthalten die Bekanntmachung, die Vergabeunterlagen oder die den Bietern mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstigen Informationen Unklarheiten oder verstoßen diese gegen geltendes Recht, so trifft die Bieter die Obliegenheit, die Vergabestelle unverzüglich darauf hinzuweisen. Anderenfalls können sie sich auf die Unklarheiten oder die Rechtsverstöße nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten haben die Bieter als von ihnen zu tragende Risiken in ihre Angebote einzukalkulieren.

Etwaige Verfahrensrügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen. Auf die Rügeobliegenheiten der Bieter nach § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Außerdem weist die Vergabestelle ausdrücklich auf die Rechtsbehelfsfrist des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB hin. Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

§ 160 GWB lautet:

### **§ 160 GWB Einleitung, Antrag**

*(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.*

*(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.*

*(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit*

- 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,*
- 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
- 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.*

## **19. Nachprüfungen**

Nach § 160 Abs. 2 GWB ist jedes Unternehmen befugt, einen Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Zuständige Nachprüfungsinstanz:

Vergabekammer des Bundes

Villemombler Straße 76

53123 Bonn

Fax: +49 228 9499 163

E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)

Telefon: +49 228 9499 0

## **20. Ergänzende Bestimmungen**

### **20.1. Nachforderung**

Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach § 51 SektVO nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind von dem betroffenen Bewerber/Bieter innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist vorzulegen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

### **20.2. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen**

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen haben betroffene Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art sie wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden sind.

### **20.3. Nebenangebote**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

### **20.4. Ausschluss**

Angebote, die nicht die in den Vergabeunterlagen geforderten Voraussetzungen/Bestimmungen erfüllen, werden ausgeschlossen. Ein Ausschluss erfolgt insbesondere in den in § 57 SektVO genannten Fällen.

### **20.5. Entschädigung**

Eine Erstattung von Kosten/Aufwendungen bzw. eine Entschädigung für die Teilnahme an dem Vergabeverfahren wird nicht gewährt.

### **20.6. Aufhebung des Verfahrens**

Insbesondere für den Fall, dass keine den Anforderungen des Auftraggebers entsprechenden Angebote fristgerecht eingehen, eine grundlegende Änderung der Vergabeunterlagen erforderlich wird oder andere schwerwiegende Gründe bestehen, bleibt die Aufhebung des Verfahrens vorbehalten (§ 57 SektVO). Die Vergabestelle wird die Bieter im Falle einer Aufhebung des Verfahrens unter Angabe der Gründe, gegebenenfalls über die Absicht, ein neues Vergabeverfahren einzuleiten, unverzüglich unterrichten.

### **20.7. Einverständnis des Bieters**

Mit der Abgabe eines Angebots erklärt sich der betreffende Bieter mit allen Bestandteilen der vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden.

Der Bieter sichert durch seine Beteiligung am Verfahren zu, dass für die Verarbeitung der in seinem Angebot enthaltenen personenbezogenen Daten in Zusammenhang mit diesem Verfahren und der Vertragserfüllung die erforderliche Einwilligung der Betroffenen vorliegt. Eingetragen werden Name, Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail und Ansprechpartner. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht. Siehe insoweit die Hinweise zum Datenschutz (**Anlage A.3** Hinweise zum Datenschutz).

### **20.8. Rücknahme von Angeboten**

Eine Rücknahme von bereits abgegebenen Angeboten ist bis zum Ablauf der /Angebotsfrist durch Erklärung in Textform gemäß § 126b BGB möglich. Bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Angebote kann dann /ein neues Angebot eingereicht werden.

\*\*\*\*\*